

Ich verstehe, dass Sie mit dem Ergebnis dieser Beratungen nicht zufrieden sind. Ich war auch schon oft nicht zufrieden mit Beratungen in diesem Rat, aber ich habe mich damit abfinden müssen, und das sollten Sie vielleicht gelegentlich auch einmal lernen. Es ist nämlich ein Missbrauch, soeben revidierte Gesetze mit einer parlamentarischen Initiative wiederum in Revision zu bringen und umzukrempeln.

Sie bezeichnen Ihre Initiative als Gegenvorschlag zur Konsumentenschutz-Initiative von Denner. Das ist ein aussergewöhnliches und merkwürdiges Prozedere. Sie unterbreiten dem Parlament bereits einen Vorschlag, bevor der Bundesrat zur Initiative Stellung genommen hat, bevor Sie überhaupt wissen, ob der Bundesrat zur Initiative von sich aus einen Gegenvorschlag unterbreitet. Ihre Ideen dazu können Sie ohne weiteres bei der Beratung der Denner-Initiative einfließen lassen, das steht Ihnen völlig frei. Es ist aber parlamentarischer Leerlauf, wenn Sie zum vorneherein mit einer parlamentarischen Initiative zu einer Volksinitiative einen Gegenvorschlag unterbreiten. Sie wissen ganz genau: Wir müssen Ihre Initiative jetzt behandeln, weil diese bis Frühjahr 1987 hier behandelt werden muss. Wir können daher nicht warten, bis die Denner-Initiative auch noch im Rat zur Sprache kommt. Deshalb entsteht hier eine Doppelspurigkeit. Das ist nicht sehr sinnvoll.

Sie sind Dozent der Nationalökonomie, Herr Jaeger. Ökonomie bedeutet meines Wissens unter anderem rationelle und wirkungsvolle Tätigkeit. Was Sie hier produzieren, ist alles andere als ökonomisch.

Biel: Es ist Zeit, dass vielleicht auch jemand aus der Minderheit der Kommission das Wort ergreift. Ich war der Meinung, es sei sinnvoll, dass wir grundsätzlich auf das Geschäft eintreten und es dann der Kommission überweisen, die sich mit der Konsumentenschutz-Initiative zu befassen hat.

Wir haben nun einiges gehört, das mich schon etwas überrascht. Missbrauch des parlamentarischen Rechts usw. Meine Damen und Herren, was haben Sie denn in der Mehrheit hier getan? Sie haben einen krassen, eindeutigen Volksentscheid umgebogen und bei der Preisüberwachung all das, was eindeutig aus dem Verfassungstext auch hervorgeht, ausgeklammert. Was ist denn das für ein Missbrauch? Wenn jemand nicht einverstanden war mit dem, was wir gemacht haben und gleichzeitig wusste, dass diese Initiative bereits rechtsgültig vorlag, war es da nicht richtig, Ueberlegungen anzustellen, wie man versuchen könnte, aus dieser Situation mehr zu machen?

Sehen Sie einmal: Wir sind nicht darauf angewiesen, immer auf den Bundesrat zu warten. Das ist mir ganz neu: wir müssen immer zuerst alles wissen, was der hohe Bundesrat und die Verwaltung machen, damit wir dann selber anfangen zu denken. Aus unserer staatsrechtlichen Ordnung geht ganz klar hervor, wer Gesetzgeber ist, nämlich wir, und wir sollten auch hier und da vor dem Bundesrat etwas denken. Es würde hier und da besser herauskommen, wenn wir das häufiger täten.

Noch etwas zur Sache. Herr Jaeger hat bewusst etwas zum Verfahren und zu seinen Ueberlegungen gesagt, und nun haben wir die Tirade von Kollege Rutishauser gehört. Herr Rutishauser, wenn es Ihnen so gegen die Mächtigen geht, warum waren Sie dann auch dabei, als man zum Beispiel die Entflechtungskompetenzen aus dem Kartellgesetz herausgestrichen hat? Dort ging es doch gegen die Grossen und die Mächtigen. Offensichtlich haben Sie das damals nicht gemerkt. Wettbewerb, der wirklich umfassend ist und nicht nur Teilbereiche umfasst, sollte doch eigentlich wirklich das liberalste Instrument sein gegen Machtballung und Machtmissbrauch. Das ist der Sinn des Wettbewerbs. Das möchte ich Ihnen noch einmal hier sagen.

Und dann, bitte: Seien Sie vorsichtig mit dem Vorwurf, man komme zu rasch wieder mit neuen Vorstößen, wenn man hier unterlegen sei. Wir haben nicht so viele wettbewerbspolitische Vorstöße hier wie Vorstöße zugunsten der Landwirtschaft. Dort wird dann ein kleiner Teil zugunsten einer liberalen Lösung in der Wirtschaft vorgetragen. In der Regel

sind das hier Vorstöße, die vom Staat Eingriffe und Subventionen verlangen.

Ich bitte, doch auch das zu bedenken. Es wäre rationell und sinnvoll, wir hätten nun diese Initiative der Kommission überwiesen, die sich mit der Konsumentenschutz-Initiative zu befassen hat; dann hätten wir die ganze Geschichte rationell gelöst.

Le président: Messieurs les rapporteurs renoncent à s'exprimer, nous pouvons donc passer à la décision.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	53 Stimmen
Dagegen	18 Stimmen

85.904

Interpellation Weber Monika

Neue Technologien. Weiterbildung

Nouvelles Technologies. Recyclage

Siehe Jahrgang 1986, Seite 490 – Voir année 1986, page 490

Diskussion – Discussion

Frau **Weber** Monika: Meine Interpellation beschäftigt sich mit dem rasanten Wandel der Anforderungen an den Arbeitnehmer in der heutigen Zeit. Ich habe eine Antwort erhalten vom Bundesrat und ich möchte ihm danken für die sechs Punkte, in denen er sich zwar nicht sehr stark festlegt, woraus aber immerhin auch zwischen den Zeilen einiges herauszulesen ist. Ich möchte dazu vielleicht noch einige Bemerkungen machen und vor allem noch zwei Fragen anführen.

Der Bund engagiert sich ja sehr in der Berufsbildung, er engagiert sich auch in der Hochschulpolitik, und das ist sehr verdienstvoll. Wichtig ist auch – und er unternimmt in dieser Richtung etwas –, dass man die Weiterbildung in der heutigen Zeit des raschen technologischen Wandels nicht vergisst. Die Weiterbildung oder Umschulung wird heute quasi zur Pflicht für jeden Arbeitnehmer. Man kann also ruhig sagen, wenn ein Lehrling aus der Lehre kommt, muss er sich am Tag nach seinem Lehrabschluss bewusst sein, dass er ein ganzes Leben lang weiterlernen und Weiterbildung betreiben muss. In diesem Sinne muss auch die Berufsbildung vor sich gehen: indem sich das Bewusstsein bildet, das Wissen sei nie abgeschlossen, sondern Bildung gehe immer weiter. Ich bin überzeugt davon, dass der beste Arbeitnehmerschutz, den wir heute dem Arbeitnehmer geben können, darin besteht, dass wir ihm dieses Bewusstsein geben.

In der Antwort des Bundesrates wird unter Punkt 1 gesagt, dass die Umschulung eine dauernde und gemeinsame Aufgabe der Sozialpartner sei, und ich möchte selbstverständlich hier beistimmen, aber doch darauf hinweisen, dass die Verteilung der Angebote natürlich sehr ungleich ist. Wenn man also an «training on the job» oder an die direkten Bemühungen der Arbeitgeber in bezug auf die Weiterbildung denkt, dann muss man sich natürlich im klaren sein, dass gewisse Branchen oder Arbeitnehmer aus gewissen Branchen natürlich viel privilegierter sind als andere aus anderen Branchen. Ich denke, dass in der Banken- und Versicherungsbranche die Arbeitnehmer sehr privilegiert sind, weil diese Branchen sehr viel für die Weiterbildung tun. Hingegen ist es sicher so, dass ein Arbeitnehmer in kleinen Betrieben weniger Chancen hat. Daran muss man sich vielleicht erinnern.

Mit Punkt 2 bin ich einverstanden.

In Punkt 3 sagt der Bundesrat, dass er und die Bundesverwaltung in Fragen der Aus- und Weiterbildung sowie der Umschulung in dauerndem Kontakt mit den Sozialpartnern stehen. Eine von Verantwortung getragene Berufsbildungspolitik komme ohne eine auf die mittel- und längerfristige Entwicklung ausgerichtete Betrachtungsweise nicht aus. Ich bin über diese Antwort sehr froh, und ich bin auch immer wieder froh, wenn ich Verlautbarungen aus dem Biga in dieser Richtung höre. Es ist wichtig, dass man der Bevölkerung dieses Bewusstsein immer wieder klar vor Augen führt. In Punkt 4 ist die Rede von der Weiterbildung und Ausbildung von Kurslehrern; da bin ich absolut einverstanden. Ich habe hier nun aber eine Zusatzfrage: In den zwei letzten Sätzen schreibt der Bundesrat, dass er Sondermassnahmen, insbesondere im Dienstleistungssektor, nicht ausschliesst. Es wird darüber zu befinden sein – schreibt er –, wenn Erfahrungen mit dem zurzeit den Räten unterbreiteten Programm zur Förderung der Ingenieurwissenschaften und -ausbildung vorliegen.

Seit dem Herbst ist letztere Sache eigentlich erledigt, und ich möchte vom Bundesrat gerne wissen: Was versteht er unter diesen Sondermassnahmen, die insbesondere im Dienstleistungssektor an die Hand zu nehmen sind?

In Punkt 6 ebenfalls eine Zusatzfrage: Der Bundesrat beabsichtigt, eine eingehende Beurteilung der bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Weiterbildung und Umschulung vorzunehmen. Ich möchte gerne fragen: Was ist da unternommen gelaufen?

Zum Schluss möchte ich noch einmal zusammenfassen und deutlich sagen: Mir scheint es wichtig, dass der Bund sich des Problems Umstrukturierung, also Weiterbildung und Umschulung der Arbeitnehmer, annimmt. Es ist damit zu rechnen, dass jährlich Hunderttausende von Leuten sich umschulen müssen. Es ist wichtig, dass der Bund mit den Sozialpartnern die nötigen Fragen bespricht, und es ist sehr wichtig, dass man in der Berufsbildung flexibel ist, sich also auch in Richtung Revision des neuen Lehrplans bereits etwas ausdenkt. Und es ist sicher wichtig, daran zu denken, dass die Weiterbildung der Fachlehrer eine ganz bedeutende Sache ist.

Mühlemann: Ich halte den Vorstoss von Frau Kollegin Weber für sinnvoll, notwendig und äusserst aktuell. Die Antwort des Bundesrates scheint mir etwas allgemein gehalten; sie zeichnet sich durch wenig Originalität aus.

Wir leben im Zeitalter des «life-long learning». Wer heute nicht bereit ist, permanent umzudenken und umzulernen, wer nicht bereit ist, sich umschulen zu lassen und sich selber umzuschulen, wird den Anschluss vielerorts verpassen. Er wird damit nicht nur in seiner Laufbahn Schwierigkeiten erhalten; er wird mitunter auch in soziale Krisen hineingeraten. Nun glaube ich – vielleicht etwas im Gegensatz zu Frau Weber –, dass die Eigenverantwortung hier sehr gross geschrieben werden muss. Es ist gar nicht so schwierig, sich in moderne Technologien einzuarbeiten, wenn man eine gewisse Schwellenangst überwunden hat. Wer heute die einfachsten, elementaren Kenntnisse über Computer erlernen will, kann das in 15 Stunden tun. Das geht schneller als das Lernen von Autofahren. In dieser Beziehung kann man also die Anforderungen hochschrauben, und das «job-training» ist ausserordentlich wichtig.

Selbstverständlich hat auch der Arbeitgeber eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Meist wird diese Aufgabe bei den grossen Unternehmen in vorbildlicher Weise wahrgenommen. Sehr viel schwieriger haben es die kleinen und mittleren Unternehmen. Es sind immerhin etwa 300 000 Arbeiter, Mitarbeiter in Grossunternehmen tätig und über eine Million in kleinen und mittleren. Wir sehen also eindeutig, wo das Schwergewicht liegt. Es ist für die kleinen und mittleren nicht einfach, Schulungsanstrengungen durchzuziehen, weil sie ja keine Stellvertreterprobleme lösen können; sie sind auf Zusammenschlüsse angewiesen. Sie sind darauf angewiesen, dass sie in Selbsthilfe Coproduktionen machen, und hier haben wir eine gewisse Schwierigkeit. Ich

bin aber trotzdem nicht der Meinung, dass der Staat sich in den Vordergrund drängen darf. Er hat auch hier mit flankierenden Massnahmen zu helfen, wobei ich gerne die Anstrengungen des Biga hier lobend erwähnen möchte.

Es gibt aber Dinge, wo wir noch Fortschritte machen können in bezug auf staatliche Unterstützung der technologischen Innovation und deren Anwendung. Ich denke etwa daran, dass die Auseinandersetzung mit dem Computer auch permanent die technische Wartung beinhaltet. Es fehlen uns heute aussergewöhnlich viele Techniker auf diesem Gebiete. Es ist notwendig, dass wir die höheren technischen Lehranstalten besser unterstützen, als wir es bis jetzt getan haben. Es ist wahrscheinlich auch notwendig, dass wir neue Ingenieurschulen kreieren, und in dieser Beziehung, in der Unterstützung dieser Bereiche, sollte das Biga gewisse Lernfortschritte machen.

Ich bin auch der Auffassung, dass die PTT flankierende Massnahmen treffen muss. Es ist jetzt das sogenannte Swiss-Net gelegt, diese Glasfaser-Autobahnen. Wenn Sie die Strecken verfolgen, gehen die natürlich dort durch, wo schon die grossen wirtschaftlichen Agglomerationen sind. Nun bietet ja gerade die moderne Technologie die grosse Chance, dass wir unterentwickelte Regionen befruchten, dass wir regionalisieren, dass wir kleine Betriebe an Orten installieren, ohne dass wir grosse Umweltbelastungen verursachen.

Hier liegt eine echte Chance. Man müsste Einfluss darauf nehmen, dass diese modernen Telekommunikationsnetze breiter gestreut werden und dass man Rücksicht nimmt auf die wirtschaftlich schwächeren Regionen unseres Landes und dort Unterstützung liefert.

Ich darf zum Schluss vielleicht noch mein Steckenpferd reiten: das ist die Erwachsenenbildung. Wenn etwas Zukunft hat, dann ist es die «éducation permanente» des erwachsenen Menschen, und hier haben wir im Gegensatz zu den östlichen Systemen Rückstände. Es gibt keine Lehrstühle für Erwachsenenbildung mit Ausnahme von Genf. An der ETH in Zürich ist dieses Begehren kürzlich wiederum abgewiesen worden. Man müsste hier vom Bund aus Anstrengungen unternehmen, damit dieser Bereich gefördert werden kann. Ich plädiere dafür, dass wir die Interpellation Weber ernst nehmen, und den Bund bitte ich, originelle Massnahmen ins Auge zu fassen, die aber flankierenden Charakter haben müssen.

Frau Fankhauser: Nach dem Votum von Herrn Mühlemann fühle ich mich verpflichtet, noch etwas zu sagen.

In der letzten Zeit hatte ich Kontakt mit Personen, die absolut willig sind, diese Weiterbildung zu machen, die bereits geschult sind im technologischen Sektor und doch von der Wirtschaft als nicht mehr brauchbar abgeworfen werden, wie man Wegwerfartikel wegwirft. Auch in diesem Bereich und trotz der schönen Worte und Umschulungsabsichten entwickelt sich die Oekonomie in einem Mass, die den Menschen sehr oft die Möglichkeit raubt, mitzumachen.

Ich schlage vor: Bevor wir der Bevölkerung diese Technologieentwicklung schmackhaft machen und sich bald die ganze Arbeitswelt danach richten muss, lassen wir zuerst Parlamentarierinnen und Parlamentarier uns demonstrieren, was diese Umstellung bedeutet. Jede und jeder von uns soll ein Pult mit Technologie bekommen, das Instrumentarium gebrauchen und einmal selber erleben, was es heisst, in einem gewissen Alter sich total umstellen zu müssen. Dann werden wir auch glaubwürdig und wissen, was wir propagieren.

Ich denke auch, dass es nicht genüge, nur auf den besten technologischen Stand getrimmt zu werden, sondern dass es ebenso wichtig ist – ich habe diesbezüglich auch Erwartungen an das Biga –, das Gemüt weiter schulen, damit wir fähig bleiben, die Konflikte, die auf uns zukommen, anzupacken. Ich sehe, dass Frau Weber mit mir einverstanden ist. Wir dürfen nicht die technische und technologische Schulung so vorantreiben, dass das Gemüt zu kurz kommt. Das wollte ich noch sagen.

Allenspach: Ich möchte den Vorwurf meiner Vorrednerin, die Wirtschaft würde die Menschen wie Wegwerfartikel behandeln, in aller Form zurückweisen. Man kann sehr vieles behaupten, aber das darf man nicht behaupten, wenn man die Anstrengungen der Wirtschaft gerade im Bereiche der Aus- und Weiterbildung nicht diskriminieren, sondern fördern will.

Frau Fankhauser hat ferner gesagt, dass es Leute gebe, die in den neuen Technologien ausgebildet seien, aber von der Wirtschaft nicht akzeptiert und keinen Arbeitsplatz finden würden. Wenn jemand, der in den neuen Technologien einigermaßen leistungsfähig ist, bei dem ausgetrockneten Arbeitsmarkt auf diesem Gebiet keine Arbeit findet, muss es sich schon um einen ganz besonderen Fall handeln. Im Bereiche der neuen Technologien besteht ein ausgesprochen ausgetrockneter Arbeitsmarkt, und deshalb sind wir gezwungen, immer wieder auszubilden, damit die offenen Stellen besetzt werden können.

Ich begrüße die Interpellation von Frau Weber und auch die Antwort des Bundesrates. Die neuen Technologien bringen an sich kein neues Problem bezüglich der Ausbildung; denn schon früher, ohne neue Technologien, war es notwendig, dass sich die Arbeitnehmer, dass sich die Menschen immer wieder den neuen Anforderungen am Arbeitsplatz und den neuen Anforderungen der Umwelt anpassen. Sie befanden sich schon früher in einem permanenten Lernprozess, wenngleich das Tempo dieses permanenten Lernprozesses damals nicht so gross war, wie es heute ist.

Wir dürfen die verschiedentlich erwähnten katastrophalen Auswirkungen nicht unwidersprochen hinnehmen. Wer immer wieder sagt, wegen der neuen Technologien würden Hunderttausende von Arbeitsplätzen komplett verändert oder wegrationalisiert, sagt etwas, was aufgrund der bisherigen Erfahrung nicht zutrifft. Sicher werden Hunderttausende von Arbeitsplätzen von den neuen Technologien berührt werden; selbst wenn sie zum Teil geändert werden, werden die gleichen Menschen an diesen neuen Arbeitsplätzen weiterarbeiten können. Zum Teil kann Umschulung und Ausbildung sogar am Arbeitsplatz selbst erfolgen.

Die Betriebe unternehmen grosse Anstrengungen bezüglich dieser Ausbildung. Ich kenne Betriebe, bei denen acht Prozent der Beschäftigten in Ausbildung stehen; nicht nur Banken und die Versicherungsgesellschaften, sondern auch hochtechnologische Betriebe. Sie brauchen diese ständige Ausbildung, um im Bereich der neuen Technologien weiterarbeiten zu können. Die Beispiele zeigen, dass diese Aus- und Weiterbildung nicht schematisiert werden kann. Wir können keine allgemeingültigen Regeln aufstellen und dürfen diese Ausbildung vor allem nicht bürokratisieren.

Im Bereiche der Umschulung und der Weiterbildung sollen den Sozialpartnern Aufgaben zufallen. Ich begrüße jede Aufgabe, die die Sozialpartner gemeinsam tragen können, weil es notwendig ist, dass die Sozialpartner auch gemeinsame Aufgaben haben und nicht nur gegensätzliche Interessen vertreten. Gerade auf dem Gebiete der Aus- und Weiterbildung sind sehr gute Ansätze vorhanden. Frau Weber weiss, dass die Arbeitgeber-Organisation mit dem Kaufmännischen Verein schon vieles in die Wege geleitet haben.

Auch der Bund muss sich flexibel den neuen Anforderungen anpassen. Ich möchte stichwortartig nur noch drei Punkte erwähnen, die uns in Zukunft – zum Teil sind sie in der Botschaft des Bundesrates aufgezeigt worden – beschäftigen werden, nämlich:

1. Die Ausbildung der Fachlehrer und der Kurslehrer.
 2. Der Ausbau des Institutes für Berufspädagogik. Dieses Institut muss personell und raummässig weiter ausgebaut werden, obwohl der Rat in Verkennung der tatsächlichen Bedürfnisse vor wenigen Jahren den Kredit für den Bau des neuen Gebäudes gekürzt hat.
 3. Wir müssen dafür sorgen, dass die Lehrpläne etwas rascher den Veränderungen angepasst werden.
- In diesen drei Bereichen erwarte ich von den Bundesbehörden eine etwas flexiblere Haltung. Ich bin überzeugt davon, dass es im Interesse aller, der ganzen Volkswirtschaft, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer liegt.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: J'observe tout d'abord que la réponse qui a été donnée par le Conseil fédéral à l'interpellation de Mme Weber date exactement d'une année et que, sans en renier ni le fond ni la forme, nous pouvons reconnaître que l'évolution enregistrée durant cette année dans le domaine économique et dans celui de la formation nous conduirait aujourd'hui à une réponse un peu plus ferme, plus décidée que celle qui a été donnée il y a un an. Les choses se sont réellement transformées et vont plus résolument dans le sens qui a été tracé.

Je considère en particulier – c'est une première remarque qu'il faut faire – qu'à toutes les bonnes raisons que l'on a données et que l'on continue de donner pour renforcer la formation professionnelle et la formation professionnelle continue vient s'ajouter une autre cause de plus en plus visible aujourd'hui et qui tient aux raisons démocratiques auxquelles on n'a pas suffisamment réfléchi. En effet, les effectifs des jeunes qui entrent en apprentissage ou qui commencent des études vont décroître. De ce fait, il faudra, afin de maintenir notre potentiel de créativité, de capacité, de connaissance des différents métiers et de leur spécialité, compenser ce déclin quantitatif par une formation accentuée; il faudra le faire auprès de la population qui est déjà engagée dans la vie active et qui exerce déjà un métier dont il faut peut-être changer certains aspects ou en apprendre d'autres en fonction de l'évolution de la technologie. Cette raison me paraît devoir revêtir une importance plus grande qu'on ne l'a imaginé jusqu'à maintenant. On s'est même demandé – ce n'est qu'une réflexion qui n'a nullement valeur de programme ou de projet – s'il ne serait pas opportun, compte tenu de l'évolution technologique et technique très rapide, de tenter de raccourcir les temps de la formation de base pour pouvoir ensuite, dans la vie active, intercaler des étapes de formation complémentaire ou continue d'une certaine durée; ce qui n'est pas facile à aménager dans le programme de carrière de n'importe qui. On cherche à préserver et à créer une capacité de mobilité professionnelle plus grande, et l'évolution sociale, comme l'évolution technique, nous poussent inévitablement à rechercher, avec plus d'imagination et de volonté, ces solutions.

Beaucoup d'entreprises s'efforcent de faire bénéficier leurs collaborateurs d'une formation professionnelle continue, en assumant entièrement ou partiellement les charges directes ou indirectes qui en découlent et nous savons par le témoignage de nombreuses entreprises de pointe, qu'il faut consacrer un minimum de cinq à dix jours par année à la formation continue, sans compter les programmes spéciaux ainsi que toutes sortes de formations et de filières parallèles. Vous avez parfaitement raison de dire, Madame Weber, que les chances peuvent être différentes d'un secteur à l'autre, que certains par leur organisation, leurs dispositions ou la nature de leur métier se prêtent davantage à l'institution de ces cours que d'autres. D'une manière générale, il faut souhaiter une extension et une compréhension très large des différents secteurs de la profession de cette nécessité nouvelle, laquelle doit, bien entendu – je partage sur ce point les opinions qui ont été émises, notamment par M. Mühlemann – comprendre un engagement, une volonté de responsabilité et d'effort de la part de ceux qui doivent recevoir cette formation complémentaire. Personnellement, ce qui me paraît clair dans l'évaluation de ces chances, c'est que la petite et la moyenne entreprise est certainement la moins apte, non par manque de volonté, mais à cause de sa structure, de ses effectifs, de son organisation, à favoriser cette formation continue. C'est certainement de ce côté-là que des mesures d'appui doivent être prises, afin de mettre en état celui qui collabore à une PME de pouvoir compléter sa formation dont il bénéficiera, mais dont la PME, elle aussi ensuite, profitera; ce qui lui permettra de rester à la pointe de la formation et du progrès.

Vous avez posé deux questions. La première concerne les mesures qui avaient été décidées pour les écoles techniques, dites d'ingénieurs, et la substance qui se cache derrière la réponse un peu sibylline du Conseil fédéral sur ce point est que l'on a décidé d'étendre ces mesures aux

écoles supérieures pour cadres de l'économie et de l'administration, ces écoles «new look» en quelque sorte, qui sont de création récente, qui complètent l'équipement des écoles professionnelles habituelles et qui ont un rôle important à jouer. En étendant à ces écoles les mesures très positives qui ont été prises pour les écoles d'ingénieurs, on fait oeuvre utile et on répond du même coup au postulat déposé par M. Künzi devant ce conseil, l'année dernière.

Quant à la deuxième question que vous m'avez posée, elle concerne les structures que nous devons mettre en place et dont nous parlons au point 6 de notre réponse. Ces structures ne sont pas encore installées, mais nous comptons bien arriver à terme cet été. Elles ont consisté pour nous à impliquer les partenaires sociaux «Arbeitgeber» comme «Arbeitnehmer», afin de trouver avec eux, mais sous la responsabilité primordiale de nos partenaires et non pas de l'Etat, des formules qui nous permettent de détecter ces lacunes systématiquement et de pouvoir y porter remède. Le système, je le répète, n'est pas encore au point. Nous espérons pouvoir le mettre sous toit avant l'été.

Dernier point, M. Mühlemann et d'autres députés en ont appelé à l'imagination du Conseil fédéral quant à l'extension de ces méthodes de formation. Ils ont raison. Ce qui me paraît peser le plus dans notre système est, qu'à mon avis, nous pouvons déclarer sans forfanterie que la formation professionnelle de base, que j'appellerai traditionnelle, en Suisse, est sans doute la meilleure du monde. Elle livre à l'économie des gens parfaitement aguerris, théoriquement et pratiquement. Toutefois, s'agissant des nouvelles structures de la formation, nous avons davantage de peine, non par rapport aux autres, mais par rapport à la configuration traditionnelle de la formation. C'est là que nous devons faire des efforts considérables d'adaptation. Je pense en particulier qu'un certain nombre de cours se caractérisent par une longueur, par une certaine rigidité, par une exigence légitimes pour les titres auxquels ils préparent – notamment les maîtrises fédérales dans tous les secteurs, que l'on ne doit pas faire au rabais – mais qu'ils sont probablement excessifs, trop exigeants, trop longs et trop lourds pour d'autres formations qui n'ont pas la prétention de la maîtrise mais celle d'une formation continue et d'une adaptation aux nouvelles techniques.

C'est sur ce point, me semble-t-il, que la rigidité administrative n'a vraiment pas sa place et qu'une recherche intense doit s'orienter vers plus de souplesse et plus de liberté d'organisation. Dans certains secteurs, elle est accomplie, dans d'autres moins.

C'est dans ce sens que mon département et l'OFIAMT en particulier travaillent pour qu'à aucun moment nous ne cédions à des réflexes d'Etat, de vieux bureaucrates encroûtés et que nous ne venions, par nos exigences et par nos impositions, compliquer et rendre inutilement rigide ce que, spontanément, les professions sont prêtes à faire. Nous ne voulons pas engager les gens à organiser n'importe quoi. Il faut un seuil en-dessous duquel il serait parfaitement inutile et dangereux d'aller, mais nous voulons que tout cela soit caractérisé par une très grande souplesse adaptée aux objectifs partiels ou à longue échéance que l'on doit atteindre.

Telle est toute la philosophie qui me paraît faire suite aux réflexions pertinentes que contenait votre interpellation.

Le président: Mme Weber Monika est satisfaite de la réponse du Conseil fédéral.

85.591

Interpellation Spälti Wirtschaftsspionage und illegaler Technologietransfer Espionnage économique et transfert illégal de technologies

Siehe Jahrgang 1986, Seite 491 – Voir année 1986, page 491

Diskussion – Discussion

Spälti: Die Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste verschieben sich mehr und mehr auf die Bereiche der Industrie, der Wirtschaft und der Forschung. Der Beschaffung von Spitzentechnologie kommt dabei – wie der Bundesrat in seiner Antwort auf meine Interpellation schreibt – besondere Bedeutung zu, so dass die Wirtschaftsspionage für unser Land ein durchaus ernstzunehmendes Problem darstellt. Allein in den letzten Monaten sind wieder Fälle bekannt geworden, die deutlich machen, wie sehr vor allem der Ostblock – aber auch andere Staaten – am Ziel arbeiten, die Schliessung ihrer Technologielücken gegenüber dem Westen aus strategischen, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen zu realisieren. Leider sind – aus einer verwerflichen Sucht nach hohen Bezahlungen – auch schweizerische Firmen und Staatsbürger immer wieder involviert.

Die Wirtschaftsspionage und die Bestrebungen zu illegalem Transfer von Waren, die für militärische und industrielle Zwecke von besonderer Bedeutung sind und die sich auf der Embargoliste der sogenannten Cocom-Staaten (das sind die Nato-Länder ohne Island, und Japan) befinden, haben stark zugenommen. In den letzten Jahren sind die Exportkontrollen wieder vermehrt zu einem tragenden Pfeiler der amerikanischen und Nato-Sicherheitspolitik geworden. An dieser Situation ändert sich vorläufig nichts, auch wenn sich die globalen Konstellationen zu ändern scheinen. Hier müssen wir flexibel bleiben.

Spionage und Umgehungsgeschäfte zur Beschaffung von Technologie haben aber nach wie vor ihre Bedeutung. In diesem Umfeld, dem sich die Schweiz nicht entziehen kann, in dem sie sogar als neutrales und ausgesprochenes Transitland in einer delikaten Lage ist, geht es um die Haltung und Politik unseres Landes. Diese Haltung ist unter wirtschafts-, sicherheits- und neutralitätspolitischen Gesichtspunkten zu betrachten.

Zur wirtschaftspolitischen Seite. Die Schweiz ist als moderner Industriestaat mit ihrer Spitzenindustrie mit bedeutenden High-Tech-Bedürfnissen vital an einer friktionslosen, ungehinderten Versorgung mit Technologie interessiert. Unsere Versorgung mit Computern und Elektronik erfolgt beispielsweise zu 90 Prozent aus dem westlichen Raum. Eine Verweigerung an Importen von wichtigen High-Tech-Produkten kann der Forschung und Entwicklung unserer Industrie allgemein beträchtlich schaden, letztlich die Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit in Frage stellen und damit auch viele Arbeitsplätze gefährden. Es ist deshalb wichtig, dass wir jene Massnahmen treffen, welche sicherstellen, dass Embargobestimmungen dieser genannten Staaten nicht über unser Land umgangen werden. Nur so kann ein möglichst nicht diskriminatorischer Zugang zu den Versorgungsquellen gewahrt bleiben.

Zur neutralitätspolitischen Seite. Zu Recht hat der Bundesrat auf die neutralitätspolitische Bedeutung dieser Frage hingewiesen. Neutralitätspolitisch wäre es höchst fragwürdig, schweizerisches Territorium als Plattform für Umgehungsgeschäfte mit Technologie aus diesen genannten Ländern missbrauchen zu lassen und auch Lieferungen schweizerischer Technologie in die vom Embargo betroffenen Länder in einem Ausmass zu steigern, das den Rahmen

Interpellation Weber Monika Neue Technologien. Weiterbildung

Interpellation Weber Monika Nouvelles Technologies. Recyclage

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1987
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	85.904
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.03.1987 - 16:00
Date	
Data	
Seite	114-117
Page	
Pagina	
Ref. No	20 015 159

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.